
FORUM

Das fortdauernde Erbe der Sklaverei: Warum karibische Staaten Reparationen von Europa fordern¹

Claudia Rauhut

ABSTRACTS

Der Beitrag setzt sich mit aktuellen Reparationsforderungen für die Sklaverei in Rahmen der Agenda der *CARICOM Reparations Commission* auseinander, einem transregionalen Bündnis zivilgesellschaftlicher AktivistInnen aus überwiegend anglophonen Staaten der Karibik. Diese appellieren seit 2013 an europäische Regierungen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Sklaverei und Kolonialherrschaft in ihren ehemaligen Kolonien zu leisten. Nach einer kurzen Einführung in die globalgeschichtliche und geostrategische Bedeutung der Karibik für eine Analyse globaler Ungleichheiten basierend auf dem transatlantischen Versklavungshandel und karibischen Plantagensklavereien erfolgt eine historische Kontextualisierung der Reparationsforderungen. Anhand meiner ethnologischen Forschung in Jamaika, in der ich qualitative

- 1 Dieser Beitrag fasst zentrale Teilaspekte meines Forschungsprojektes „Reparationsforderungen für die Sklaverei in der Karibik: Akteur*innen, Debatten und Geschichtspolitik“ zusammen. Ich danke der Fritz-Thyssen-Stiftung für die Förderung des Projektes am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin zwischen 2016 und 2019. Mein Dank gilt weiterhin allen GesprächspartnerInnen in Jamaika, deren Argumente ich in anderen Publikationen ausführlicher analysiere, s. C. Rauhut, *Caribbean Activism for Slavery Reparations: An Overview*, in: W. Beushausen/M. Brandel/J. T. Farquharson/M. Littschwager/A. McPherson/J. Roth (Hrsg.), *Practices of Resistance in the Caribbean: Narratives, Aesthetics, Politics*, London / New York 2018; C. Rauhut, *Mobilizing Transnational Agency for Slavery Reparations: The Case of Jamaica*, *Journal of African American History: Special Issue on National and International Perspectives on Movements for Reparations* 103 (2018) 1–2, <https://www.journals.uchicago.edu/toc/jaah/2018/103/1-2>.

Interviews mit den AktivistInnen des *National Council for Reparations* durchführte, gebe ich einen einführenden Überblick zu deren zentralen Argumente. Es wird über die Schlüsselrolle Jamaikas in der Karibik sowie in globalen Debatten und Netzwerken für Reparationen reflektiert. Abschließend zeige ich die Bedeutung der Forderungen nicht nur für die karibische Region, sondern für eine notwendige Auseinandersetzung mit Sklaverei und Kolonialismus als gemeinsames Erbe in Europa auf.

This article deals with current demands for reparations for slavery in the context of the agenda of the CARICOM Reparations Commission, a transregional alliance of civil society activists from predominantly Anglophone Caribbean states. Since 2013 they have been calling on European governments to take measures to combat the consequences of slavery and colonial rule in their former colonies. After a short introduction to the global historical and geostrategic significance of the Caribbean for an analysis of global inequalities based on the transatlantic slave trade and Caribbean plantation slavery, a historical contextualization of reparations demands follows. Based on my ethnological research in Jamaica, in which I conducted qualitative interviews with National Council for Reparations activists, I give an overview of their central arguments. It reflects on Jamaica's key role in the Caribbean and in global debates and networks for reparations. Finally, I show the importance of the demands not only for the Caribbean region but also for a necessary confrontation with slavery and colonialism as a common heritage in Europe.

1. Die langfristigen Folgen der Sklaverei und Kolonialherrschaft in der Karibik

Die Region der Karibik ist bis heute maßgeblich durch ihre lange Geschichte der Sklaverei und Kolonialherrschaft geprägt. Sie war in der frühen Neuzeit die erste von europäischen Mächten kolonisierte Region und damit Eingangstor zur Eroberung der Amerikas.² Die Karibik hat die längste Geschichte kolonialer Verflechtungen mit Europa, bis heute besitzen europäische Staaten Überseegebiete und Kolonien in der Region. Sie hat somit von jeher eine zentrale geostrategische Bedeutung. Zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert wurden laut der sozialhistorischen Datenbank „Trans-Atlantic Slave Trade Database“ mindestens 12,5 Millionen Menschen aus Afrika versklavt und in die amerikanischen Kolonien der EuropäerInnen verschleppt. 40 Prozent kamen nach Brasilien, 35 Prozent in die karibischen Kolonien der Briten, Franzosen, Holländer und Dänen, weitere 20 Prozent in die spanischen Kolonien der Karibik, Süd- und Zentralamerika und schließlich fünf Prozent in die USA.³ Die versklavten AfrikanerInnen wurden

2 Entgegen der allgemeinen Gleichsetzung und hegemonialen Deutung von Amerika als Synonym für die USA zielt der Begriff und das Konzept „die Amerikas“ auf ein pluralistisches, heterogenes Verständnis des amerikanischen Doppelkontinentes und seinen vielfältigen Verflechtungen zwischen Ländern der Karibik, Mittel- und Südamerika, Kanada und den USA. J. Roth, *Decolonizing American Studies: Toward a Politics of Intersectional Entanglements*, *Fiar. Forum for Inter-American Research* 7 (2014) 3, S. 135–170.

3 D. Eltis/D. Richardson, *Atlas of the Transatlantic Slave Trade*, New Haven 2010; *Voyages, The Trans-Atlantic Slave Trade Database*, <http://www.slavevoyages.org/> (Zugriff 30 January 2019). Zur Problematik der Mindestzahlen und Schätzungen s. C. Rauhut, *Transatlantic Slave Trade and Slavery*, in: *InterAmerican Wiki: Terms – Concepts –*

durch Zwangsarbeit in den Goldminen sowie auf den Zuckerrohr-, Kaffee-, Tabak- und Baumwollplantagen ausgebeutet – ihre unfreie Arbeitskraft bildete die Basis von weltmarktführenden kapitalistischen Plantagenökonomien. Die europäischen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Spanien, Dänemark und später die USA wetteiferten um die Territorialansprüche in der geostrategisch und wirtschaftlich wichtigen karibischen Region. Denn in den größten, höchst profitablen Kolonien wie Jamaika, Saint Domingue, Kuba und Puerto Rico erzielten sie im Bündnis mit den kreolischen Eliten durch den Verkauf von Zucker v. a. im 17. und 18. Jahrhundert, in Kuba noch im 19. Jahrhundert enorme Gewinne.⁴ Der aus Trinidad und Tobago stammende Historiker Eric Williams stellte schon 1944 die These auf, dass die Gewinne aus dem Versklavungshandel sowie aus den karibischen Plantagensklavereien in einem direkten Zusammenhang mit der Industrialisierung in Großbritannien standen.⁵ Die Williams-These wurde seitdem vielfach diskutiert, widerlegt, neu aufgegriffen, erweitert, bestätigt – unstrittig ist, dass der Aufstieg des Kapitalismus in Europa ohne Sklaverei in den Kolonien der Karibik nicht denkbar wäre. Dort wiederum erfolgte kaum eine industrielle Entwicklung, die AfrikanerInnen und deren Nachkommen standen am untersten Ende einer rassistischen kolonialen Gesellschaftsordnung. Diese war nicht mit dem formellen Ende der Kolonialzeit überwunden, vielmehr setzten sich soziale und ökonomische Ungleichheiten und koloniale Ordnungsmuster entlang der „color line“⁶ auch nach den jeweiligen Unabhängigkeiten fort.

Die koloniale Aufteilung der Region unter den EuropäerInnen hat zwar ein sehr heterogenes Mosaik an verschiedenen Sprachen, Kulturen und Religionen hervorgebracht, zugleich aber auch kaum überwindbare Barrieren und Grenzen zwischen heutigen karibischen Staaten in Bezug auf Mobilität, Migration und Staatsbürgerschaft.⁷ So herrschten seit dem frühen 16. Jahrhundert beispielsweise Spanien in Kuba, Puerto Rico und im östlichen Teil von St. Domingue (seit 1844 Dominikanische Republik), Frankreich im westlichen Teil von Saint Domingue (seit 1804 Haiti) sowie in Martinique, Guadeloupe, und Französisch-Guyana, Großbritannien bis in die 1960er Jahre in Jamaika, Barbados, Trinidad und Tobago, Guayana und St. Lucia sowie Dänemark in Dänisch-Westindien. Seit Beginn des 20. Jahrhundert eigneten sich zunehmend die USA wirtschaftlichen, geostrategischen und politischen Einfluss an und besetzten die Jungferninseln und Puerto Rico. Aufgrund dieser so unterschiedlichen Kolonialgeschichten, politischen Herrschaftssysteme und nationalen Ideologien waren und sind auch die Wege in die Unabhängigkeit sowie die postkolonialen Entwicklungen sehr verschieden: in Haiti er-

Critical Perspectives. www.uni-bielefeld.de/cias/wiki/s_Slave-Trade-and-Slavery.html (2019).

4 S. W. Mintz, *Three Ancient Colonies: Caribbean Themes and Variations*, Cambridge 2010; M. Zeuske, *Schwarze Karibik. Sklaven, Sklavenkultur und Emanzipation*, Zürich 2004; M. Zeuske, *Sklavenhändler, Negros und Atlantikkreolen: Eine Weltgeschichte des Sklavenhandels im atlantischen Raum*, Berlin 2015.

5 E. Williams, *Capitalism and Slavery*, Chapel Hill 1944.

6 Ein durch den US-amerikanischen Soziologen, Bürgerrechtler und Panafrikanisten W. E. B. Du Bois geprägter Begriff, der bereits um 1903 die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Hautfarbe als eines der größten Probleme des 20. Jahrhunderts prognostizierte, W. E. B. Du Bois, *The Souls of Black Folk*, New York 2005 [1903].

7 I. Kummels et al. (Hrsg.), *Transatlantic Caribbean. Dialogues of People, Practices, Ideas*, Bielefeld 2014.

kämpften die Versklavten durch eine Revolution 1804 die erste Unabhängigkeit in den Amerikas. Kuba erlangte um 1898 seine Unabhängigkeit von den Spaniern durch einen langen Kampf der Mambises, einer Allianz zwischen Versklavten, freien „gente de color“ und kreolischen Eliten. Nach einer anschließenden Phase neo-kolonialer Beherrschung durch die USA (zunächst bis 1902 formell durch ein Protektorat, später unter nahezu vollständiger Kontrolle der Wirtschaft) besiegten schließlich um 1959 die revolutionären KämpferInnen um Fidel Castro die US-gestützte Diktatur Fulgencia Batistas. Fortan begann der Aufbau eines sozialistischen Staates, der in Lateinamerika und der Karibik eine einzigartige grundlegende Transformation der Gesellschaft durch eine Boden- und Agrarreform, den Aufbau eines umfassenden Bildungs- und Gesundheitssystems sowie der Verstaatlichung von Unternehmen und Industriezweigen durchführte.⁸ Die britische Kolonialmacht besaß die meisten Kolonien in der Karibik – diese erreichten ihre Unabhängigkeit erst in den 1960er Jahren, manche, wie St. Kitts und Nevis sowie Dominica in den 1980er und 1990er Jahren; jedoch hat Großbritannien bis heute Kolonien wie z. B. die britischen Jungferninseln, Cayman oder Montserrat. Auch andere Staaten wie Frankreich oder die Niederlande haben noch immer ihre „Außengebiete“ in der Karibik. So gehören etwa Martinique und Guadeloupe und St. Martin als sogenannte DOMs (Départements d’outre-mer, Überseedepartments von Frankreich) zur Europäischen Union, während die niederländischen Inseln Aruba, Bonaire, Curaçao als autonome Teile des Königreichs der Niederlande gelten und somit keine souveränen Staaten sind. Bonilla und Boatcă zeigen, in welchem Maße die fragmentierte, partielle Unabhängigkeit und Souveränität vieler karibischer Staaten bis heute mit eingeschränkten zivilen und politischen Rechten der jeweiligen Bevölkerungen einhergehen.⁹ Trotz dieser historischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Unterschiede teilen karibische Gesellschaften die Erfahrung von Jahrhunderten Sklaverei und kolonialer Beherrschung sowie das Bedürfnis nach Aufarbeitung und Überwindung der langfristigen Folgen. Dass die gegenwärtig im globalpolitischen Kontext am stärksten ausgearbeiteten Forderungen nach Reparationen für den europäischen Handel mit Versklavten aus der Karibik kommen, erscheint zugleich als Resultat und integraler Bestandteil einer *longue durée* der kolonialen Verflechtungen zwischen Karibik und Europa.¹⁰

2. Reparationsforderungen im historisch-globalen Kontext

Die lange Geschichte der Reparationsforderungen umfasst eine Vielzahl von individuellen AkteurInnen und Organisationen, die in verschiedenen Sklaverei-Kontexten der

8 H. Thomas, *Cuba: The Pursuit of Freedom*, New York 1971.

9 Y. Bonilla, *Non-Sovereign Futures: French Caribbean Politics in the Wake of Disenchantment*, Chicago 2015; M. Boatcă, *Caribbean Europe: Out of Sight, out of Mind?*, in: B. Reiter (Hrsg.), *Constructing the Pluriverse. The Geopolitics of Knowledge*, Durham 2018, S. 197–218.

10 C. Rauhut/M. Boatcă, *Globale Ungleichheiten in der longue durée: Kolonialismus, Sklaverei und Forderungen nach Wiedergutmachung*, in: K. Fischer/M. Grandner (Hrsg.), *Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch*, Wien 2019, S. 91–107.

Amerikas und zu unterschiedlichen Zeiten dafür kämpften. Schon die versklavten Menschen haben, sobald sie ihre Freiheit erlangten, Kompensationen für die erlittenen Verluste gefordert und z. T. auch vor Gericht eingeklagt.¹¹ Die Forschung fokussiert v. a. Beispiele aus den USA – bekannt ist darin das Motto „40 acres and a mule“ (40 Morgen Land und ein Esel), mit dem Tecumseh Sherman als Anführer der Unionstruppen nach dem Ende des Bürgerkrieges um 1865 Entschädigung für jede Sklavenfamilie verlangte. Auch im Panafricanismus der 1900er Jahren, vertreten etwa durch die Universal Negro Improvement Association (UNIA, 1914 durch Marcus Garvey in Jamaika gegründet und in der gesamten Karibik und v. a. in den USA für die Rechte der afroamerikanischen Bevölkerung kämpfend), sowie in der Bürgerrechts- und Black Power-Bewegung seit den 1960er Jahren war der Ruf nach Reparationen enthalten. Seit 1987 beantragt der US-Kongressabgeordnete John Conyers, unterstützt durch zahlreiche aktivistische Gruppen der African Americans sowie durch Abgeordnete der Demokraten, jedes Jahr die Einrichtung einer *H.R. 40 Commission to Study Reparation Proposals for African Americans Acts*, um Reparationen als nationales Anliegen in den USA zu verhandeln – bisher wurde der Antrag immer abgelehnt.¹² Diese Beispiele dienen in der Forschung und im öffentlichen Diskurs über *Slavery Reparations* meist als Referenzpunkt, was entsprechend zu einer US-zentrierten Perspektive auf das Thema führte. Vergessen wird darin oft, dass viele Impulse, Ideen sowie auch die AkteurInnen selbst aus der Karibik kamen und sehr viel Austausch und Netzwerke zwischen karibischen und US-amerikanischen AktivistInnen bestanden, etwa innerhalb der transnationalen Black Power Bewegung.¹³ Darüber hinaus entwickelte sich in der Karibik eine eigene und spezifische Vorstellung von Reparationen, die sich primär an Großbritannien richtet – so z. B. durch jamaikanische Rastafarians, die seit den 1950er Jahren von der britischen Königin und der Regierung eine Finanzierung ihrer Repatriierung nach Afrika als eine mögliche Form von Reparation fordern.¹⁴ Karibische Vordenker postkolonialer Ansätze wie C. L. R. James, Aimé Césaire und Frantz Fanon sowie die Historiker Walter Rodney und Eric Williams appellierten Mitte des 20. Jahrhundert an europäische Staaten, für die historische Schuld gegenüber ihren Kolonien aufzukommen. Ihre Analyse der Wechselwirkung zwischen kolonisierten und kolonisierenden Gesellschaften sowie von kolonialen Ordnungsmustern, der Plantagensklaverei und der globalen Ausbreitung des Kapitalismus wird durch die

11 R. E. Finkenbine, *Belinda's Petition: Reparations for Slavery in Revolutionary Massachusetts*, *The William and Mary Quarterly* 64 (2007) 1, S. 95–104 (Zugriff 27. März 2017).

12 M. T. Martin et al. (Hrsg.), *Redress for Historical Injustices in the United States: On Reparations for Slavery, Jim Crow, and Their Legacies*, Durham 2007; C. J. Munford, *Race and Reparations: A Black Perspective for the 21st century*, Trenton 1996; C. P. Ogletree, *Repairing the Past: New Efforts in the Reparations Debate in America*, in: *Harvard Civil Rights-Civil Liberties Law Review* 38 (2003), S. 297–320; R. Robinson, *The Debt: What America Owes to Blacks*, New York 2001.

13 K. Quinn (Hrsg.), *Black Power in the Caribbean*, Gainesville 2014.

14 B. M. Blake-Hannah, *Reparations: Rastafari Pathway to World Peace*, in: W. Zips (Hrsg.), *Rastafari: A Universal Philosophy in the Third Millennium*, Kingston 2006, S. 119–128; B. Chevannes, *Rastafari. Roots and Ideology*, New York 1994.

heutigen AktivistInnen für Reparationen stark rezipiert.¹⁵ Ein Meilenstein war die Erklärung der *World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance* der Vereinten Nationen im südafrikanischen Durban 2001, in der erstmals auf der Ebene internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt und anerkannt wurde, dass die Nachkommen der Versklavten in Afrika sowie in der afrikanischen Diaspora bis heute an den Folgen leiden. Entsprechend wurden Maßnahmen zur Bekämpfung von strukturellen sozialen Ungleichheiten und Rassismus gefordert.¹⁶ An der Ausarbeitung der Durban-Agenda waren maßgeblich AktivistInnen aus der Karibik beteiligt, so etwa auch Sir Hilary Beckles, Historiker aus Barbados, seit 2013 Leiter der CARICOM Reparations Commission und seit 2015 Vizekanzler der University of the West Indies. Neben seinen umfangreichen Forschungen über die Geschichte der Sklaverei, des Widerstandes und der Abolition in der Karibik ist Beckles gegenwärtig wohl eine der bekanntesten Persönlichkeiten der karibischen Reparationsforderungen. In seinem programmatischen Buch *Britain's Black Debt. Reparations for Caribbean Slavery and Native Genocide* behandelt er die zentrale Rolle karibischer AkteurInnen innerhalb der globalen Reparationsbewegung und geht insbesondere auf die herausragende Bedeutung Haitis ein. Haiti war das erste Land, das die Abschaffung der Sklaverei durch eine Revolution der Versklavten erkämpft hat (1791–1804). Um jedoch als unabhängiger Staat anerkannt zu werden, musste Haiti seit 1825 insgesamt 21 Milliarden US-Dollar an Reparationen an Frankreich zahlen, was nur über die Aufnahme von Krediten bei französischen Banken möglich war. Laut Beckles ist die daraus entstandene immense Verschuldung einer der Gründe dafür, dass Haiti heute eines der ärmsten Länder der Welt ist. Beckles würdigt den Vorstoß des ehemaligen Präsidenten Aristide, der im Jahr 2004 Frankreich aufforderte, dieses Entschädigungsgeld zurückzuzahlen als „first time that a postcolonial Caribbean government had made an official request for reparations to a European government“.¹⁷ Haiti ist auch ein wichtiger Bezugspunkt innerhalb der CRC-Ansprüche. Forderung nach Reparationen für die Sklaverei kommen also nicht nur aus der anglophonen Karibik, sondern werden auch in der französisch-, spanisch-, niederländisch- und dänischsprachigen Karibik sowie in den jeweiligen Migrationskontexten in Europa von zivilgesellschaftlichen und staatlichen AkteurInnen öffentlich thematisiert. Die Formen, Inhalte und Verläufe sind vielseitig. Nicht immer verwenden sie explizit den Begriff Reparation, kämpfen jedoch ebenso gegen strukturelle soziale Ungleichheiten, wirtschaftliche Abhängigkeiten und Rassismus,

15 C. L. R. James, *The Black Jacobins: Toussaint L'Ouverture and the San Domingo Revolution*, London 1938; A. Césaire, *Discours sur le Colonialisme*, Paris 1950; F. Fanon, *Les Damnés de la Terre*, Paris 1961; W. Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa*, London 1972; Williams, *Capitalism and Slavery*.

16 United Nations, *World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance: Declaration* (2001), <http://www.un.org/WCAR/durban.pdf> (Zugriff 22. Juli 2015).

17 H. M. Beckles, *Britain's Black Debt: Reparations for Caribbean Slavery and Native Genocide*, Kingston 2013, S. 214.

wie beispielsweise der Begriff *Afro-Reparaciones*, der in der spanisch-sprachigen Karibik und in Südamerika verwendet wird, impliziert.¹⁸

Dieser Beitrag widmet sich der anglophonen Karibik, mithin den ehemaligen britischen Kolonien. Sie wurden innerhalb der konkurrierenden Kolonialansprüche der EuropäerInnen in der Region am längsten durch die britische Kolonialmacht beherrscht. Zugleich sind es heute ihre zivilgesellschaftlichen VertreterInnen, die teilweise mit staatlicher Unterstützung und organisiert in der *CARICOM Reparations Commission* die Forderung nach Reparationen für die Sklaverei am stärksten sowohl national als auch auf der Ebene internationaler Politik voranbringen. Veranschaulicht wird dies später am Beispiel Jamaikas, das eine Schlüsselrolle im historischen und aktuellen Kampf einnimmt.

3. Die Agenda der *CARICOM Reparations Commission*

Die 2013 gegründete *CARICOM Reparations Commission* (CRC) innerhalb der Caribbean Union of Common Market, CARICOM arbeitet explizit an der Weiterentwicklung der Durban-Agenda von 2001. Sie fordert mit einem Zehn-Punkte-Plan die Regierungen ehemaliger europäischer Kolonialmächte auf, Reparationsmaßnahmen für die Sklaverei und den damit begangenen Verbrechen gegen AfrikanerInnen und deren Nachkommen zu leisten.¹⁹ Diese sollen eine Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verbunden mit einer offiziellen Entschuldigung durch die jeweiligen Regierungen umfassen. Weiterhin werden finanzielle Transferleistungen gefordert, die es karibischen Staaten ermöglichen sollen, Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen sozioökonomischen Benachteiligung der afro-karibischen Bevölkerung umzusetzen. Erstmals werden nicht private Personen, Unternehmen oder Banken, sondern europäische Regierungen adressiert. Statt individueller Entschädigungen, wie sie beispielsweise die African Americans in den USA seit dem Ende der Sklaverei um 1865 fordern, geht es der CRC um kollektive Maßnahmen in Form von Investitionen in Infrastruktur, v. a. in den Bereichen öffentliche Bildung, Gesundheit und Wirtschaft.

Als ihr Kernstück setzt die CRC gegenwärtige strukturelle Probleme in karibischen Gesellschaften mit den langfristigen Folgen des transatlantischen Versklavungshandels und Kolonialismus in Verbindung. Es wird argumentiert, dass insbesondere die britische Kolonialmacht ihre karibischen Kolonien systematisch nicht entwickelt und technologisch schlecht vorbereitet („ill equiped“) in die administrative Unabhängigkeit entlassen hat, ohne jemals in den Aufbau einer sozialen Infrastruktur investiert zu haben. In Ländern wie Jamaika und Barbados gab es weder ein funktionierendes Bildungssystem (die CRC konstatiert bis zu 70 Prozent Analphabetentum in den 1960er Jahren und fordert daher im Punkt 6 „Illiteracy Eradication“) sowie Gesundheitssystem, noch wurden ein

18 C. Mosquera Rosero-Labbé/L. C. Barcelos (Hrsg.), *Afro-reparaciones: memorias de la esclavitud y justicia reparatoria para negros, afrocolombianos y raizales*, Bogotá 2007.

19 CARICOM Reparations Commission, 10-Point Reparation Plan, <http://caricomreparations.org/caricom/caricom-10-point-reparation-plan/> (Zugriff 10. Mai 2018).

nationaler Agrarwirtschafts- und Industriesektor entwickelt und ausreichend Fachkräfte ausgebildet.

Implizit argumentiert die Agenda mit einer bestimmten Forschungsausrichtung karibischer HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen, denen zufolge eine eigenständige nationale Entwicklung nach den Unabhängigkeiten kaum eingeschlagen werden konnte, da einheimische Eliten politisch nicht auf Augenhöhe mit britischen PolitikerInnen und Wirtschaftskonzernen standen. Stattdessen waren sie gezwungen, zu schlechten Bedingungen Kredite von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds anzunehmen. Britische, später andere europäische und v. a. US-amerikanische Unternehmen führten die wirtschaftliche Ausbeutung in Form von monokulturellen Plantagenökonomien, die ausschließlich für den Export produzierten, fort. Im Ergebnis besteht bis heute eine von den Metropolen und transnationalen Konzernen abhängige Wirtschaftsform, die auf Extraktion von Rohstoffen und auf Tourismus setzt und eine bis heute nicht zu bewältigende Schuldenfalle verursacht.²⁰ Konsequenterweise wird daher im letzten Punkt der Agenda auch explizit ein Schuldenerlass gefordert:

*Caribbean governments that emerged from slavery and colonialism have inherited the massive crisis of community poverty and institutional unpreparedness for development. [...] The pressure of development has driven governments to carry the burden of public employment and social policies designed to confront colonial legacies. This process has resulted in states accumulating unsustainable levels of public debt that now constitute their fiscal entrapment. This debt cycle properly belongs to the imperial governments who have made no sustained attempt to deal with debilitating colonial legacies. Support for the payment of domestic debt and cancellation of international debt are necessary reparatory actions.*²¹

Auch im politischen Sinne handelt es sich allenfalls um formelle, nicht aber vollständige Unabhängigkeiten, auch als „flag independence“ bezeichnet – d. h. es werden zwar formelle nationale Symbole wie Flagge, Nationalhymne oder nationale Feiertage verwendet, jedoch würden wesentliche politische und wirtschaftliche Entscheidungen weiterhin in den Metropolen, also den Zentren ehemaliger europäischer Kolonialmächte getroffen.²² Karibische Gesellschaften kämpfen bis heute mit den Folgen der Sklaverei, die auf sozialer, wirtschaftlicher, politisch-legaler, kultureller und epistemologischer Ebene fortwirken. Jahrhunderte kolonialer Beherrschung, Plantagenökonomien und eine strenge rassialisierte Arbeitsteilung habe versklavte AfrikanerInnen und deren Nachkommen stigmatisiert und koloniale Ordnungsmuster, Rassismus und soziale Ungleichheiten produziert. In der Bewältigung der Folgen der Sklaverei stehen die Staaten der Karibik weitgehend alleine da. Weder Großbritannien noch andere ehemalige europäische

20 R. O. Singh/C. Bourne, External Debt and Adjustment in the Caribbean Countries, in: Social and Economic Studies 37 (1988) 4, S. 107–136; L. Lewis (Hrsg.), Caribbean Sovereignty, Development and Democracy in an Age of Globalization, New York 2013.

21 CARICOM Reparations Commission 2014.

22 F. W. Knight/C. A. Palmer (Hrsg.), The Modern Caribbean, Chapel Hill 1989; Lewis, Caribbean Sovereignty.

Kolonialmächte haben jemals ihre Rolle im Versklavungshandel, der kolonialen Beherrschung der Region und darin verübten Verbrechen politisch anerkannt. Zwar sind in den letzten Jahren in den meisten westeuropäischen Staaten zivilgesellschaftliche Initiativen und öffentliche Debatten zur Aufarbeitung der Sklaverei und des Kolonialismus deutlich vorangeschritten. Jedoch hat bisher keine Regierung Dialogbereitschaft in Bezug auf die karibischen Forderungen nach Anerkennung und Wiedergutmachung historischen Unrechts signalisiert. Gegen diese Verweigerung der Anerkennung tritt die CRC an und erfährt dafür im globalen Kontext eine große Aufmerksamkeit durch Medien, Universitäten und aktivistische Gruppen.

4. Die Rolle Jamaikas innerhalb karibischer Reparationsforderungen für die Sklaverei

In Jamaika gelten die Rastafarians, die sich in den 1930er Jahren als kulturell-religiöse Community unter Leonard Howell gründeten, als Pioniere der Reparationsforderungen. Sie verorten sich in der langen Tradition des Widerstandes gegen die britische Kolonialmacht und das System der Sklaverei, exemplarisch verkörpert durch die Aufstände der Maroons (von den Plantagen und aus den Minen entflohenen Sklaven). Rastafarians waren die ersten, die bereits in den 1950er Jahren, als Jamaika noch eine britische Kolonie war, Briefe und Petitionen an die Königin schrieben und sie aufforderten, allen Menschen aus der afrikanischen Diaspora, insbesondere aus der Karibik, ihre Repatriierung nach Afrika zu ermöglichen, sofern sie dies wünschen. Die zentrale Bedeutung der Rastafarians im Kampf für Reparationen schlägt sich auch im Zehn-Punkte-Plan der CRC nieder, der gleich im zweiten Punkt Repatriierung aufführt.²³ Seit den 1990er Jahren arbeiten Rastafarians in Jamaika an einer breiteren Agenda, die über den Aspekt der Repatriierung hinausgeht. Sie gründeten ein Komitee und nahmen 1992 und 1993 an panafrikanischen Weltkonferenzen über Reparationen in Nigeria teil. Insbesondere die Abschlusserklärung von Abuja gilt als ein Wegbereiter der späteren, oben bereits erwähnten Durban-Erklärung von 2001.²⁴ In den Folgejahren entstand ein zunehmend breites zivilgesellschaftliches Bündnis für Reparationen über die Rastafari-Kontexte hinaus. Im Jahr 2009 gründeten WissenschaftlerInnen von der University of the West Indies (UWI), MenschenrechtsaktivistInnen, AnwältInnen, JournalistInnen und Rastafarians mit Unterstützung der jamaikanischen Regierung einen Nationalen Rat für Reparationen (*National Council for Reparations*, NCR). Den Vorsitz übernahm im Jahr 2012 vom Soziologen und Rastafari-Aktivisten Barry Chevannes die Historikerin Verene Shepherd, Delegierte in der CRC und seit 2017 Leiterin des *Centre for Reparation Research* an der UWI. Mit Verene Shepherd und anderen Mitgliedern des NCR habe ich

23 Blake-Hannah, *Reparations*; Chevannes, *Rastafari*; CARICOM Reparations Commission, *10-Point Reparation Plan*.

24 The Abuja Proclamation, A Declaration of the first Abuja Pan-African Conference on Reparations For African Enslavement, Colonisation And Neo-Colonisation., <http://www.shaka.mistral.co.uk/abujaProclamation.htm>.

im Rahmen ethnologischer Forschungen in Kingston/Jamaika in den Jahren 2014 und 2017 qualitative Interviews durchgeführt und deren biographische Hintergründe, Narrative und Formen der Mobilisierung und transnationalen Vernetzung für Reparationen thematisiert.

Sie argumentieren, dass die jamaikanische Gesellschaft noch heute mit strukturellen Folgeproblemen resultierend aus Sklaverei und Kolonialherrschaft zu kämpfen hat. Diese würden sich etwa in der ungleichen Verteilung von Land und Besitz, in kolonialen Ideologien im Bildungs- und Rechtssystem, in instabilen Familien- und Genderbeziehungen, in transgenerationellen emotionalen und psychologischen Traumata sowie im alltäglichen und institutionellen Rassismus manifestieren. Sie verweisen zudem auf Forschungsliteratur, die die historischen Ursachen der fortdauernden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten herausstellen und den Zusammenhang zwischen Armut, prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen, geringer Bildung und schlechter Gesundheitsversorgung, chronischen Krankheiten, ungleicher Landverteilung und rassistischer Diskriminierung und Gewalt betonen.²⁵ Im Grunde rekonstruieren die von mir interviewten Mitglieder des NCR die langfristigen Folgen der Sklaverei und leiten daraus Ansprüche an Großbritannien ab, Verantwortung für dieses durch die lange Kolonialherrschaft der Briten verursachte Erbe zu übernehmen. Entsprechend streben sie von Großbritannien finanzierte Maßnahmen zur Wiedergutmachung an, die vor allem auf die strukturellen sozio-ökonomischen Defizite abzielen. Während in diesen Bereich durchaus kollektive Investitionen getätigt werden könnten, die potentiell eine Verbesserung der Lebenssituation der afrojamaikanischen Bevölkerungsmehrheit (über 90 Prozent) bewirken würden, besteht bei den AktivistInnen Konsens darüber, dass andere durch Sklaverei verursachte Schäden, etwa im Bereich der generationenübergreifenden Traumata, durch Geld nicht wiedergutmacht werden können. Daher sei neben materiellen Leistungen die symbolische Ebene der Anerkennung von historischem Unrecht von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang fordern die AktivistInnen auch erinnerungs- und geschichtspolitische Maßnahmen, etwa die Errichtung von Museen, Gedenkortern und Gedenktagen, Mahnmalen, und Ausstellungen, die die Geschichte der Sklaverei und in diesem Zusammenhang begangener Verbrechen, aber auch den Widerstand dagegen angemessen aufarbeitet und sichtbar machen. Im Fokus der durch die Mitglieder des NCR organisierten Kampagnen, Gedenkveranstaltungen und Workshops steht weiterhin die öffentliche Bildung. Ihre Initiatoren konstatieren akute Defizite im Wissen über die Sklaverei und ihre Folgen. Dies sei Erbe eines britisch-imperialen Bildungssystems in Jamaika, das anhaltend koloniale Werte vermitteln würde, u. a. durch eine Abwertung und Stereotypisierung afrikanischer und afrokaribischer Traditionen und gleichzeitige Überbetonung der zivilisatorischen Errungenschaften des British Empire. Es bedürfe

25 H. M. Beckles/V. Shepherd (Hrsg.), *Caribbean Slave Society and Economy: A Student Reader*, Kingston 1991; T. Holt, *The Problem of Freedom: Race, Labor, and Politics in Jamaica and Britain, 1832–1938*, Baltimore 1992; H. Levy, *They Cry 'Respect!': Urban Violence and Poverty in Jamaica*, Kingston 1996; D. A. Thomas, *Exceptional Violence. Embodied Citizenship in Transnational Jamaica*, Durham 2011.

daher dringend einer Reform, die mit einem Perspektivwechsel in der schulischen und öffentlichen Bildung einhergehe, die die Narrative von versklavten AfrikanerInnen und deren Nachkommen, ihre sozialen, kulturellen und religiösen Praktiken sowie Formen des Widerstandes gegen die britische Kolonialherrschaft einschließe. Das bestehende Bildungssystem sei nur eines von vielen Beispielen dafür, dass ein wirkliches Ende der kolonialen Ordnung in Jamaika noch nicht erreicht sei, sondern das koloniale Erbe auch nach der Unabhängigkeit in vielen gesellschaftlichen Bereichen fortwirken würde.²⁶

Ein zentrales Argument für Reparationen begründen die AktivistInnen mit einem Verweis auf die Umstände der Abschaffung der Sklaverei in den karibischen Kolonien: Im Zuge der Emanzipation um 1833 erhielten die SklavenbesitzerInnen vom britischen Parlament 20 Millionen Goldene Pfund, die sie als Entschädigung für den „Verlust ihres Eigentums“ einklagten, denn sie sahen ihre Sklaven als Ware und Besitz an. Die Versklavten dagegen verblieben ohne jegliche Kompensation für erlittene Verluste, ohne Land, ohne Eigentum und ohne Arbeit. Sie waren nicht einmal wirklich frei, denn die Briten verpflichteten sie im Rahmen einer *apprenticeship* („Ausbildung“) zu unbezahlter Arbeit, oftmals auf denselben Plantagen und für dieselben BesitzerInnen, denen sie zuvor als Sklaven dienen mussten. Die SklavenbesitzerInnen profitierten über dieses System der Zwangsarbeit von einer weiteren Entschädigung, zusätzlich zu den 20 Millionen Pfund in bar. Die ungleichen Voraussetzungen nach dem Ende der Sklaverei in Bezug auf Eigentum, Landbesitz, Zugang zu Arbeit, Bildung und Bürgerrechten bewirkten, dass die nun formell freien Menschen über Generationen hinweg sozial und wirtschaftlich marginalisiert wurden. Wenngleich diese Entschädigungsprozesse karibischen HistorikerInnen seit Jahrzehnten bekannt sind,²⁷ nahm doch eine größere, auch außerakademische Öffentlichkeit in Europa erst durch Nicholas Draper's Buch *The Price of Emancipation: Slave-ownership, Compensation and British Society at the End of Slavery* sowie insbesondere durch die 2013 veröffentlichte online-Datenbank *Legacies of British Slave-ownership* und weitere Publikationen zum Thema Notiz davon.²⁸ Darin rekonstruieren britische HistorikerInnen wie Catherine Hall, Nicholas Draper und ihr Team vom University College London basierend auf den Akten der Slave Compensation Commission, welche Handelsleute, Unternehmen, Versicherungen, Banken, Missionare, Mitglieder der Königsfamilie und Kirchen welche Entschädigungssummen erhalten haben, welche konkreten Investitionen sie anschließend durchführten und welches Wachstum damit für die britische Wirtschaft erzielt wurde. Sie zeigen damit minutiös die fortlaufende

26 Rauhut, Mobilizing Transnational Agency for Slavery Reparations.

27 S. Wilmot, Not "Full Free": The Ex-slaves and the Apprenticeship System in Jamaica 1834–1838, in: *Jamaica Journal* 17 (1984) 3, S. 3–10; K. M. Butler, *The Economics of Emancipation: Jamaica and Barbados, 1823–1843*, Chapel Hill 1995; V. A. Shepherd (Hrsg.), *Working Slavery, Pricing Freedom: Perspectives from the Caribbean, Africa and the African Diaspora*, New York 2002.

28 N. Draper, *The Price of Emancipation: Slave-ownership, Compensation and British Society at the End of Slavery*, Cambridge 2010; C. Hall et al., *Legacies of British Slave-ownership: Colonial Slavery and the Formation of Victorian Britain*, Cambridge 2014; Centre for the Study of the Legacies of British Slave-ownership, *Legacies of British Slave-ownership*, <https://www.ucl.ac.uk/lbs/> (Zugriff 5. April 2018).

Bereicherung der Ober- und Mittelschicht Großbritanniens am System der Sklaverei auch nach deren offiziellem Ende auf.

Für die AktivistInnen in Jamaika sind diese Forschungsergebnisse von enormer Bedeutung, denn sie verweisen nicht nur auf den Wohlstand in Europa auf der einen Seite, sondern auch auf die strukturelle Verarmung karibischer Gesellschaften auf der anderen Seite. Deren BewohnerInnen erhielten keine Entschädigung nach der Sklaverei und mussten stattdessen massive Benachteiligungen in Form ungleicher Entwicklungsvoraussetzungen bewältigen. Heutige AktivistInnen stellen demgemäß einen symbolisch-diskursiven Bezug zwischen der Entschädigung der SklavenbesitzerInnen und den heutigen Forderungen nach Reparationen an die britische Regierung her. Dabei geht es ihnen weniger um eine Schuldzuweisung gemäß einer Täter-Opfer-Dichotomie, sondern darum, Ungleichheitsstrukturen in Folge von Sklaverei und Kolonialherrschaft zu benennen. Indem die AktivistInnen diese in einen transregionalen und transtemporalen Zusammenhang mit anhaltenden strukturellen Entwicklungsproblemen in Jamaika stellen, verknüpfen sie ihre Forderungen mit einem Entwicklungsdiskurs, rücken diesen jedoch in ein gänzlich neues Licht. Statt weiterhin Entwicklungshilfe von Großbritannien basierend auf dem hierarchischen Prinzip von Großzügigkeit und Barmherzigkeit zu empfangen, appellieren sie an Großbritannien, moralische und politische Verantwortung zur Wiedergutmachung historischen Unrechts zu übernehmen.²⁹

Ihre implizite Forderung nach einer überfälligen Umverteilung von Wohlstand in Form von Reparationen leiten sie nicht nur aus der Sklaverei, sondern auch aus der heute als unrechtmäßig empfundenen Entschädigung der Sklavenbesitzer um 1834 sowie der kolonialen Beherrschung durch Großbritannien bis zur Unabhängigkeit Jamaikas im Jahr 1962 ab. Darüber hinaus machen sie fortdauernde Schäden auch nach der formell-administrativen Dekolonisierung Jamaikas sichtbar, etwa die durch britische und transnationale Konzerne und Creditsysteme betriebene Ausbeutung natürlicher Ressourcen bei gleichzeitiger Verhinderung einer infrastrukturellen Entwicklung des Landes. Aber auch soziale Folgen wie die rassistische Diskriminierung Schwarzer Menschen führen sie auf die Sklaverei zurück. Sie zeigen damit die tiefen historischen Ursachen heutiger globaler Ungleichheiten auf, die eben nicht zufällig oder durch das vermeintliche Versagen der (bedingt) unabhängigen Regierungen nach 1962 entstanden sind, sondern durch Jahrhunderte Bereicherung Europas basierend auf Versklavungshandel und Sklaverei.³⁰ Adressat der Forderungen ist daher primär die britische Regierung.³¹ Sie gilt als Vorgängerin der kolonialen Regierung, die den legalen, politischen und ökonomischen

29 Rauhut, *Caribbean Activism for Slavery Reparations*; C. Rauhut, *The Link of a Former British Prime Minister's Ancestor to Caribbean Slavery Economy in the Current Call for Reparations in Jamaica*, in: O. Kaltmeier/W. Rausert/J. Roth (Hrsg.), *Cherishing the Past, Envisioning the Future. Entangled Practises of Heritage and Utopia in the Americas* (forthcoming).

30 C. Rauhut, *When the Slavery Past Haunts the Present: The Jamaican Redress of a Bank Loan Related to the End of Slavery*, in: D. J. Wilkins/P. Smiragina (Hrsg.) *Slavery Past, Present and Future*, Leiden (forthcoming).

31 In Jamaika wird dennoch auch eine interne Agenda für Reparationen diskutiert, die die Folgeprobleme der prekären Unabhängigkeit Jamaikas und ihrer postkolonialen Regierungen aufarbeitet; deren Analyse muss an anderer Stelle erfolgen.

Rahmen geschaffen und damit den Handel mit versklavten AfrikanerInnen und deren Ausbeutung in karibischen Plantagenökonomien überhaupt erst ermöglicht hat. Staatliche Maßnahmen sollen dennoch nicht ausschließen, dass private Individuen, Unternehmen oder Institutionen wie Kirchen, Versicherungsgesellschaften und Banken, die sich an der Sklaverei bereichert haben, Wiedergutmachungsmaßen einschließlich öffentlicher Entschuldigungen einleiten.³²

5. Globale Referenzen, Netzwerke und Aktionsstrategien für Reparationen

Über die Ebene bilateraler Verhandlungen hinaus betonen die AktivistInnen die Notwendigkeit, sich global zu vernetzen und neben den jeweils lokal relevanten Forderungen auch eine gemeinsame karibische Agenda innerhalb der CRC zu entwickeln. Daran arbeiten gegenwärtig die in bisher 12 Ländern etablierten Reparationskommissionen, u. a. in Trinidad and Tobago, Barbados, Guayana, Belize oder Saint Vincente and Grenadines – mit Erfolg, denn zumindest haben alle Premierminister der Mitgliedstaaten der CARICOM die Reparationsagenda unterzeichnet, ebenso wie die Regierung von Kuba, Venezuela sowie internationale lateinamerikanische Staatenbündnisse wie ALBA und CELAC und schließlich auch die Vereinten Nationen.³³ Verene Shepherd hat sich zudem als ehemalige Vorsitzende der UN-Working Group of Experts an People of African Descent (2009–2012) und Mitglied bis 2015 maßgeblich dafür eingesetzt, dass das Thema Reparationen in die Agenda der UN-Dekade „People of African descent: recognition, justice and development“ (2015–2024) aufgenommen wird.³⁴

Die AktivistInnen untermauern ihre Argumentation mit Präzedenzfällen von historischer Wiedergutmachung im globalen Vergleich. Neben den bekanntesten Entschädigungsmaßnahmen für die Opfer des Holocaust durch Deutschland verweisen sie auf aktuellere Beispiele wie etwa die Reparationszahlungen der britischen Regierung im Jahr 1995 für kolonialrassistische Verbrechen an den Maori in Neuseeland (Maori Waikato Raupatu Claims Settlement Bill 1863) oder den Mau Mau Unabhängigkeitskämpfern der 1950er Jahre in Kenia im Jahr 2012.³⁵ Auch besteht Interesse an den Reparationsfor-

32 National Commission on Reparation, Report of the Work of the National Commission on Reparation, May 2009 – October 2013, Kingston 2013.

33 CARICOM Press Release 53/2014, CARICOM Leaders accept Caribbean Reparatory Justice Programme as basis for further action on reparations, http://caricom.org/jsp/pressreleases/press_releases_2014/pres53_14.jsp (Zugriff 30. Juli 2015) Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (CELAC). Declaración especial sobre la cuestión de las reparaciones por la esclavitud y el genocidio de las poblaciones nativas; www.celac.cancilleria.gob.ec (Zugriff 22. Oktober 2015; siehe auch Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA). www.portalalba.org (Zugriff 22. Oktober 2015).

34 United Nations, Program of activities for the implementation of the International Decade for People of African Descent (2014), http://www.un.org/en/events/africandescentdecade/pdf/A.RES.69.16_IDPAD.pdf (Zugriff 3. Mai 2016); C. Rauhut, Caribbean Leaders in the Transnational Struggle for Slavery Reparations, in: A. Bandau / A. Brüske / N. Ueckmann (Hrsg.), Reshaping Global Dynamics of the Caribbean: Relaciones y Desconexiones – Relations et Déconnexions – Relations and Disconnections, Heidelberg 2018, S. 281–296.

35 Beckles, Britain's Black Debt.

derungen der Ovaherero und Nama an die Bundesregierung für den von der deutschen Kolonialmacht in „Deutsch-Südwest Afrika“ (heute Namibia) begangenen Völkermord zwischen 1904–1908.³⁶ Auf Wunsch beider Seiten habe ich 2017 einen Kontakt zwischen VertreterInnen des Ovaherero Genocide Committee und Verene Shepherd hergestellt, die in ihrer Radiosendung „Talking History“ in Kingston ein entsprechendes Interview gesendet hat. Die Vernetzung wurde sehr positiv bewertet, denn Anschlüsse zu globalen Reparationsbewegungen werden als zentrales Mittel gesehen, um weltweit Verbündete zu suchen und die spezifisch lokalen Forderungen in einem globalen Kontext zu verankern. Damit soll schließlich auch der Appell an europäische Regierungen gestärkt werden, sich nicht länger einem überfälligen Dialog über Aufarbeitung und Wiedergutmachung der Sklaverei und ihrer Folgen zu entziehen. Nicht zuletzt machen die AktivistInnen der Karibik mit dem Verweis auf andere, wenn auch nur bedingt vergleichbare, da in ihren Verläufen, Zielen und Ergebnissen sehr unterschiedlichen Erfahrungen im Umgang mit historischem Unrecht, auf die grundsätzliche Möglichkeit, Legitimität und Relevanz von Reparationen aufmerksam. Diese programmatische globale Ausrichtung macht Sir Hilary Beckles in seiner Rede vor dem Unterhaus des britischen Parlaments im Jahr 2014 deutlich: „This 21st century will be the century of global reparatory justice.“³⁷ Die AktivistInnen in Jamaika sowie auch in der *CARICOM Reparations Commission* stehen in konstantem Austausch mit Einzelpersonen und Organisationen in karibischen und lateinamerikanischen Ländern, in den USA und in Europa, die ebenfalls für Reparationen für die Sklaverei kämpfen. Ihr Engagement traf insbesondere bei aktivistischen Gruppen in den USA auf große Resonanz. Im Jahr 2015 haben das *Institute of the Black World* und die neu gegründete *National African American Reparations Commission*, die sich als eine Art Dachorganisation verschiedener AktivistInnen und Gruppen in den USA versteht, zu einem *National/International Reparations Summit* nach New York eingeladen.³⁸ Anknüpfend an John Conyers Initiativen (s.o.) fordert auch sie eine Kommission für Reparationen im US-Kongress, um das Thema auf nationaler Ebene zu verhandeln. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung wurde insbesondere die Zusammenarbeit mit AktivistInnen der CRC sowie die Entwicklung eines der CRC ähnlichen Zehn-Punkte-Plans für Reparationen beschlossen.³⁹

36 Auch hier steht eine offizielle Anerkennung und Entschuldigung durch Deutschland, welche verschiedene Opferverbände der namibischen Ovaherero und Nama im Bündnis mit deutschen NGOs wie etwa „Völkermord verjährt nicht“ seit Jahrzehnten fordern, bis heute aus, vgl. J. Zimmerer, *Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts*, in: Deutsches Historisches Museum (Hrsg.), *Deutscher Kolonialismus: Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2016, S. 138–145; J. Zimmerer / J. Zeller (Hrsg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika: Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen*, Berlin 2003; R. Kößler, *Namibia and Germany: Negotiating the Past*, Windhoek 2015 sowie <https://de-de.facebook.com/NoAmnestyOnGenocide/>.

37 CARICOM Press Release 188/2014, Chairman of CARICOM Reparations Commission addresses British House of Commons, http://www.caricom.org/jsp/pressreleases/press_releases_2014/pres188_14.jsp (Zugriff 30. Juli 2015).

38 <https://ibw21.org/press-release/final-communique-the-nationalinternational-reparations-summit/>.

39 Ebd.

Die aktuelle karibische Agenda hat demnach eine erneute Mobilisierung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen und Debatten für Reparationen in den USA ausgelöst und transregionale Netzwerke gestärkt. Karibische AktivistInnen der CARICOM nehmen darin eine Schlüsselrolle ein und gestalten maßgeblich die jeweiligen Diskurse, Aktionen und Organisationsformen. Darüber hinaus eröffnen sie, so mein Argument, auch neue Perspektiven auf Reparationen in Bezug auf AkteurInnen, adressierte Institutionen, potentiell Begünstigte, Räume der Aushandlungen sowie inhaltliche Zielsetzungen. Bisher wurden die Diskussionen zum Thema in der Öffentlichkeit und Wissenschaft einseitig auf den Fall der USA ausgerichtet und entsprechend „durch die Brille“ partikularer US-amerikanischer Erfahrungen und Diskurse geführt, was mit einer gewissen Homogenisierung in der Analyse einherging. Während die Rolle karibischer AkteurInnen und deren Impulse für eine kritische Wissensproduktion in Geschichte und Gegenwart lange übersehen wurde, ist deren Kampf für Reparationen insbesondere durch die globale Zirkulation der CRC Agenda stärker sichtbar geworden und wird zukünftig auch den globalen Aktivismus sowie die Forschung über historisches Unrecht und Wiedergutmachung inspirieren.

6. Ausblick: Reparationen als transregionale Agenda zur Aufarbeitung von Sklaverei und Kolonialismus

So wie sich die AktivistInnen aus der Karibik in ihrem Kampf transnational vernetzen und Anschlüsse zu anderen Gruppen, Aktionsformen und Argumenten suchen, so zirkulieren auch die Ansätze, Ideen und Praktiken von Reparationsforderungen global. Sie sind nicht auf einzelne Nationalstaaten beschränkt, sondern Ergebnis eines längeren Kampfes innerhalb der Region. Dementsprechend müssen Forschungen über Reparationen statt einer nationalstaatlichen Container-Perspektive globalhistorische Ansätze transregionaler Verflechtungen anwenden und weiterentwickeln, wie in neueren Publikationen bereits umgesetzt.⁴⁰ Empirisch kann dies nur über Mikro-Studien in den jeweiligen lokalen Kontexten untersucht werden, denn diese sind, das veranschaulicht das Beispiel der Karibik, aufgrund der kolonialen Teilung sehr unterschiedlich in Bezug Sprachen, Kulturen, Religionen, Mobilität, Staatsbürgerschaft und politische Systeme. Laut Faye Harrison sei „no need for comparative research on Caribbean issues that draw boundaries that include or exclude on the basis of shared language and common colonial masters rather than on the basis of factors that may actually be more significant for understanding the workings of cultural, economic, and political development“.⁴¹ Ein solch bedeutender und verbindender Faktor ist zweifelsohne die Aufarbeitung der Sklaverei.

40 A. L. Araujo, *Reparations for Slavery and the Slave Trade. A Transnational and Comparative History*, London 2017; *National and International Perspectives on Movements for Reparations*, Chicago 2018 (= *Journal of African American History* 103 [2018], 1/2).

41 F. V. Harrison, *Outsider Within: Reworking Anthropology in the Global Age*, Illinois 2008, S. 206.

Die Karibik gilt als frühes Beispiel für transregionale Verflechtungen und auch transnationale Studien – darin sollte nach Glick Schiller der Fokus auf Agency, also die Handlungs- und Gestaltungsmacht von AkteurInnen systematisch mit Analysen zu strukturellen sozialen Ungleichheiten und globalen Machtverhältnissen gekoppelt werden.⁴² Von zentraler Bedeutung ist darin die Rolle der Sklaverei bzw. karibischen Zuckerrohrplantagenwirtschaft als Ausgangspunkt der Moderne.⁴³ Genau diese wird jedoch in einem Selbstverständnis Europas als Zentrum der Moderne und der Aufklärung ausgeklammert, in dem stattdessen die vermeintlich zivilisatorischen Errungenschaften der europäischen Expansionspolitik hervorgehoben werden. Einen notwendigen Einschluss der dunklen Seiten in der Auseinandersetzung mit Moderne, nämlich der Sklaverei und Kolonialität, haben etwa Coronil, Mignolo und andere TheoretikerInnen im Zuge lateinamerikanischer postkolonialer bzw. dekolonialer Ansätze geleistet, in dem sie Quijanos Konzept der Kolonialität der Macht zum Paradigma der modernidad/colonialidad weiterentwickelt haben.⁴⁴ Diese Perspektive, die von anhaltenden kolonialen Ordnungsmustern auf der Ebene der Ideologien, Epistemologien sowie auch sozio-ökonomischen Strukturen ausgeht, ist für die Analyse heutiger karibischer Gesellschaften zentral. Gemeinsam mit Manuela Boatcă schlage ich vor, diese in Lateinamerika entwickelten dekolonialen Ansätze mit denen der verwobenen Modernen und geteilten Geschichten zu verknüpfen, wie sie u. a. Randeria und Conrad propagiert haben. Diese fokussieren die wechselseitigen Interaktionen zwischen europäischen Metropolen und außereuropäischen kolonisierten Peripherien als konstituierend für eine „verwobene Moderne“.⁴⁵ Wir greifen hier die von AnthropologInnen und GlobalhistorikerInnen entwickelten Impulse auf, akteursbezogene Praktiken und Ideen systematisch aufeinander zu beziehen und als globale Verflechtungsgeschichte(n) konzeptionell weiterzuentwickeln. Damit würde die vermeintliche Peripherie der Karibik aufgehoben und stattdessen stärker in das Zentrum globalgeschichtlicher Entwicklungen und Forschungen gerückt werden. Die Erfahrung der Sklaverei in der Karibik und in Afrika muss sowohl im politischen als auch wissenschaftlichen Verständnis als Teil europäischer Geschichte anerkannt und aufgearbeitet werden.

Die *CARICOM Reparations Commission* hat, indem sie direkt Großbritannien adressiert, das Thema Reparationen für historisches Unrecht zu einem globalen Anliegen mit einer

42 N. Glick Schiller, *Theorizing About and Beyond Transnational Processes*, in: A. M. Cervantes-Rodríguez/R. Grosfoguel/E. Mielants (Hrsg.), *Caribbean Migration to Western Europe and the United States: Essays on Incorporation, Identity, and Citizenship*, Philadelphia 2009, S. 18–40.

43 S. W. Mintz, *Sweetness and Power. The Place of Sugar in Modern History*, New York 1985.

44 A. Quijano, *Colonialidad y Modernidad/Racionalidad*, *Perú Indígena* 13 (1992) 29, S. 11–20; F. Coronil, *Latin American Postcolonial Studies and Global Decolonization*, in: N. Lazarus (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Postcolonial Literary Studies*, Cambridge 2004, S. 221–240; W. Mignolo, *The Darker Side of Western Modernity: Global Futures, Decolonial Options*, Durham 2011.

45 Rauhut/Boatcă, *Globale Ungleichheiten*; S. Conrad/S. Randeria, *Einleitung: Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt*, in: S. Conrad/S. Randeria (Hrsg.), *Jenseits des Eurozentrismus: postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt am Main 2013, S. 32–70; M. Boatcă, *Two-Way Street. Moderne(n), Verwobenheit und Kolonialität*, *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 38 (2013) 4, S. 375–394 (Zugriff 9. September 2015).

neuen symbolischen, geographischen und politischen Reichweite gemacht. Sie fordert europäische Staaten auf, ihre eigene Geschichte im Zusammenhang mit den Kolonien und noch immer wirksamen Folgen der Sklaverei aufzuarbeiten. Im Ergebnis meiner Forschung in Jamaika habe ich symbolische und materielle Aspekte herausgearbeitet, um zu unterstreichen, dass es den Initiatoren von Reparationsforderungen um viel mehr als nur finanzielle Entschädigung geht. Zum einen streben sie die Unterstützung von erinnerungs- und geschichtspolitischen Aktivitäten, der Errichtung von Gedenktagen, Mahnmalen, Museen usw. in der Karibik und in Europa an. AktivistInnen engagieren sich damit für ein Neuschreiben globaler Geschichte, die die dunklen Seiten der europäischen Moderne, nämlich Sklaverei und Kolonialherrschaft, anerkennt und aufarbeitet, darin die Narrative der einst versklavten AfrikanerInnen und ihrer Nachkommen in der Diaspora einschließt. Dies ermöglicht eine Dekolonisierung der Erinnerungspolitik zur Sklaverei und bringt alternative Geschichtsverständnisse und Epistemologien hervor. Als genauso wichtig fordern die AktivistInnen aber auch eine finanzielle Transferleistung europäischer an karibischen Staaten, denn deren strukturelle Verarmung sehen sie in erster Linie als Folgen der Sklaverei an. Die Bewältigung heutiger globaler Ungleichheiten dürfe somit nicht länger als eine ausschließliche Angelegenheit karibischer Gesellschaften, sondern als integraler Bestandteil europäischer Entwicklungspfade und Verantwortung für geteilte Geschichten betrachtet werden.

Die Relevanz der karibischen Agenda für Reparationen liegt genau darin, dass sie auf eine überfällige Auseinandersetzung mit Sklaverei und Kolonialismus nicht nur in der Karibik, sondern gerade in Europa drängt. Die politische Dringlichkeit ist den letzten Jahren offensichtlich geworden und für die Forschung ergeben sich neue Möglichkeiten das Feld der Aufarbeitung und Wiedergutmachung von historischem Unrecht durch einen Einschluss kolonial-rassistischen Unrechts stärker zu historisieren und um regionale Perspektiven zu erweitern. Ein Fokus auf Jamaika und die Karibik zeigt einerseits, dass Aktivismus für Reparationen für die Sklaverei kein singuläres nationales Phänomen und insbesondere nicht ausschließlich auf die USA beschränkt ist, und andererseits die Relevanz der Karibik für globalgeschichtliche Entwicklungen und erinnerungs- und geschichtspolitische Fragen des Umgangs mit historischer Verantwortung.